

Hilfe - Beratung - Intervention für Flüchtlinge

Newsletter Nr. 6/09-2010



Zur sechsten Ausgabe des Newsletter

Die heurige Ausgabe des Newsletter ist dem Thema Arbeit gewidmet. Damit möchte FLUCHTpunkt noch einmal an sein Solidaritätsfest zum Tag der Arbeit vom 1. Mai 2010 anknüpfen, die dort vertretene Haltung noch einmal in Erinnerung rufen und bestärken: "legalize – damit die, die herkommen, ein Einkommen haben, mit dem sie auskommen".

Wie immer informiert der Newsletter über aktuelles von FLUCHTpunkt, über Politik und Recht und bietet Raum für Kommentare und Informationen.

Der Newsletter richtet sich an UnterstützerInnen des Projekts FLUCHTpunkt, insbesondere auch an SolidaritätsaktionärInnen, die mit ihren finanziellen Beiträgen die Gründung und den Fortbestand von FLUCHTpunkt ermöglicht haben, sowie an eine interessierte Öffentlichkeit. Wenn auch Sie zukünftig den Newsletter erhalten wollen, schicken Sie ein E-mail an: info@fluchtpunkt.org.

Sie können den Newsletter aber auch über die Website bestellen und downloaden.

FLUCHTpunkt

Hilfe – Beratung – Intervention für Flüchtlinge Ein Projekt des Vereins arge-Schubhaft Jahnstrasse 17, A-6020 Innsbruck

Tel. 0043-512-581488 E-Mail: info@fluchtpunkt.org

Bankverbindung: Verein arge-Schubhaft, Konto-Nr.: 68710-367-632, BAWAG P.S.K. BLZ 14000

Öffnungszeiten der Koordinationsstelle: Montag und Donnerstag von 10:00 – 12:00 Uhr



Solidaritätsaktie

Wenn Sie noch nicht AktionärIn sind: AUCH SIE KÖNNEN EINE SOLIDARITÄTSAKTIE ERWERBEN und durch einen regelmäßigen monatlichen Geldbetrag von etwa 10 Euro unsere Arbeit für Flüchtlinge in Tirol unterstützen. Wer eine solche "Aktie" "kauft", erhält zwar keine geldmäßige Rendite und darf nicht auf höhere börsennotierte Kurse hoffen – der "share holder value" ist das Weiterleben unseres Projekts für Flüchtlinge, das sich beinahe ausschließlich über dieses private Spendensystem finanziert. Auf unserer Webseite (www.fluchtpunkt.org) können Sie sich über die Arbeit von FLUCHTpunkt informieren und wenn Sie daran Gefallen finden die Solidaritätsaktie unten ausfüllen und an uns schicken oder auch einfach einen Dauerauftrag eröffnen.

	Dauerauftrag "Solidaritätsaktie arge Schubhaft":
	€ 10,- monatlich an die BAWAG,
	BLZ: 14000, KtNr.: 68710367632
	IBAN: AT551400068710367632/ BIC: BAWAATWW
	(hier abschneiden)***
	Einziehungsermächtigung "Solidaritätsaktie arge-Schubhaft":
Ich ermächt	ige den Verein arge-Schubhaft, monatlich einen Betrag von € 10,- als Solidaritätsaktie von
meinem Ko	nio abzubuchen.
Vorname:	nto abzubuchen: Familienname:
Vorname: Anschrift: Einziehung v	on meinem Konto mit der Nr.:
Vorname: Anschrift: Einziehung v	Familienname:

Bildungsprojekt zur Situation von Flüchtlingen in Tirol

Mit dem von der Gesellschaft für Politische Bildung unterstützten Bildungsprojekt zur Lebenssituation von Flüchtlingen in Tirol konnten wir (Lisa Gensluckner und Herbert Auderer) über Vorträge in Schulen und anderen öffentlichen Einrichtungen grundlegende Informationen vermitteln und eine intensive Auseinandersetzung mit der Thematik initiieren. (vergl. Newsletter Nr.5/06-2009)

Die unten stehenden E-Mails an Fluchtpunkt wurden von Schülern und Schülerinnen der Handelsschule Imst verfasst, nachdem wir dort gemeinsam mit einem Flüchtling aus Afghanistan über die Situation in dessen Heimatland und die Lebensbedingungen in Österreich gesprochen haben.

Das Projekt wurde über den Förderungszeitraum hinaus fortgesetzt – unter anderem mit einer LehrerInnenfortbildung zum Thema am Pädagogischen Institut in Innsbruck. Bildungsveranstaltungen sind auf Anfrage bei FLUCHTpunkt weiterhin möglich.

SchülerInnenkommentare zu einer Schulstunde mit Safar, Lisa und Herbert

Lieber Herbert!

Am 04. Mai haben Sie die Handelsschule besucht und haben unserer Klasse einen Vortrag gehalten. Ich habe ihn sehr interessant gefunden und fand es spannend zu erfahren, wie es in Afghanistan ist. Ich finde es ziemlich schockierend, dass die Lage in Afghanistan so schlecht ist. Safar hat uns viele spannende Dinge über sein Leben erzählt. Meiner Meinung nach werden Flüchtlinge hier in Österreich zu wenig unterstützt, sie bekommen zu wenig finanzielle Unterstützung und müssen deswegen oft hungern oder auf lebensnotwendige Dinge verzichten. Safar hat uns erzählt, dass er einen negativen Bescheid auf ein Asylschreiben bekommen hat. Das finde ich sehr schlimm. Ich persönlich finde, dass die Flüchtlinge schon genug erlebt haben und schon viel durchmachen mussten. Jetzt wo sie in ein anderes Land flüchten und sich von ihrer Heimat trennen, sollte ihnen das Leben nicht noch schwerer gemacht werden. Ihr Vortrag war sehr informativ und spannend, es hat nicht viele Stunden gegeben, in denen wir so still und aufmerksam waren.

Mit freundlichen Grüßen

Nicole

Mir hat es sehr gut gefallen, dass ihr mit eurer Organisation den Leuten helft. Ich finde es sollte mehr solche Organisationen geben.

Alex

Lieber Herbert

Ich persönlich fand es sehr interessant was Safar uns über seine Flucht aus Afghanistan erzählt hat. Meiner Meinung nach ist das ein wichtiges Thema, da viele Menschen die Ansicht haben, dass es in der heutigen Zeit nicht mehr so schlimm in diesem Land ist. Für mich ist es erschreckend, dass man aus seinem eigenen Land flüchten muss. Deshalb finde ich es gut, dass es eine Organisation wie FLUCHTpunkt gibt. Eine gute Idee war es, das Sie uns diese Zettel mit den verschiedenen Situationen eines Flüchtlings gegeben haben und wir uns darüber Gedanken machen mussten und eine Lösung finden. Es ist sehr schlimm, dass die Asylanten in Österreich unter diesen Bedingungen und mit so wenig Geld leben müssen. Mir persönlich hat der Vortrag gut gefallen. Diese zwei Stunden waren sehr informativ. Ich finde mehr Schulen sollten sich mit dem Thema Asylanten und auch Afghanistan auseinander setzen.

Mit freundlichen Grüßen

Theresa

Hallo Herbert!

Euer Vortrag über die Flüchtlinge hat mir sehr gut gefallen. Ich fand diese zwei Stunden sehr interessant, denn jetzt weiß ich mehr über das Leben in Afghanistan. Ich finde es sehr traurig, dass die Frauen in Afghanistan überhaupt keine Bedeutung haben. Ebenfalls finde ich es nicht gut, dass Flüchtlinge hier bei uns fast kein Geld bekommen und nicht einmal arbeiten gehen dürfen.

Mit freundlichen Grüßen

Janine

Lieber Herbert!

Durch Safar's Erzählungen habe ich einen kleinen Einblick bekommen, wie schwer es ist ein Flüchtling zu sein. In mir ist der Eindruck erweckt, dass Sie und Ihre Arbeitskollegin Lisa eine große Stütze für die Flüchtlinge seid. Ganz besonders gut finde ich, dass es solche Menschen gibt, die für andere da sind, die nicht gerade die beste Lebenssituation haben.

Was mich wirklich sehr beeindruckt, ist, dass die Flüchtlinge - so wie der Safar - Ihnen so schnell ein Vertrauen schenken.

Ich persönlich könnte nicht mit so wenig Geld im Monat auskommen. Doch ich wäre sehr froh über Hilfe, wenn ich in Safar's Situation ware.

Euer Besuch hat mir einen ganz anderen Einblick verschafft und ich weiß jetzt wie schwer es wirklich für einen Flüchtling ist. Außerdem hat es mir sehr gefallen, wie Sie es uns vermittelt haben, wie glücklich wir doch sein können, so ein schönes Leben zu haben.

Mit freundlichen Grüßen

Nicole

Hallo Herbert!

Am meisten hat mir die Erzählung von Safar gefallen, wie es früher in seiner Heimat war und wie er jetzt hier in Tirol lebt.

Ich habe es gut gefunden, dass ihr zu uns gekommen seid, denn so konnten wir uns alles besser vorstellen

Mit freundlichen Grüßen

Rebecca

Flüchtlinge in Innsbruck Ein neues Bildungsangebot von Fluchtpunkt: Innsbrucker Stadtführungen zu den Themen Schubhaft und Asyl

Welche Orte in der Stadt sind wichtig für Flüchtlinge? Wo treten Flüchtlinge in Kontakt mit österreichischen Behörden? Wo erhalten Christian Kaved sie Unterstützung? MitarbeiterInnen von FLUCHTpunkt machen im Rahmen einer Stadtführung solche Orte sichtbar und gehen gleichzeitig auf die Problematiken rund um den Alltag von Flüchtlingen ein. Sie zeigen sich in einem komplexen Gefüge aus politischen, ökonomischen und sozialen Bedingungen, denen Flüchtlinge hier unterworfen sind. An schon frühere Stadtführungen des Vereins anknüpfend ist auch die Institution Schubhaft wieder Thema und Haltepunkt des Rundgangs.



Die Versorgung von Flüchtlingen durch das Land Tirol sowie das Leben von Flüchtlingen in der Illegalität sind Themen, die sich unter anderem aus der veränderten Projektorientierung der arge Schubhaft ergeben und den nunmehrigen Arbeitsalltag zu einem guten Teil kennzeichnen. Themen, von denen – wie wir hoffen – Flüchtlinge selbst und wir, ausgehend von ihren Geschichten, erzählen werden und über die im Anschluss an den eineinhalbstündigen Stadtrundgang im FLUCHTpunkt-Büro diskutiert werden kann.

Die Stadtführungen finden jeweils an einem Samstag von 10:30-12:30 statt und sind kostenlos.

Termine: 23.10.2010 und 6.11.2010

Zusätzlich zu diesen Terminen bieten wir für SolidaritätsaktionärInnen von FLUCHTpunkt einen Sondertermin an, über den sie noch informiert werden.

Eröffnungsworte zum FLUCHTpunkt-Fest "Legalize" am 1. Mai 2010

Ich begrüße Sie/Euch ganz herzlich zum FLUCHTpunkt-Solifest. Schön, dass Sie da sind, schön dass Ihr da seid. Als erstes möchte ich allen danken, die uns bei der Vorbereitung des Festes unterstützt haben, die mit uns auf- und abbauen, die Bar betreuen, das Essen vorbereiten, den Grill bedienen, die für uns noch spielen werden und später auflegen und morgen wieder alles an seinen rechten Ort stellen werden – das sind wie immer viele, Herzlichen Dank Euch und es ist wie schon lange Zeit auch das Ho& Ruck, welches uns den Raum hier, ohne dass wir dafür bezahlen müssen, zur Verfügung stellt. Vielen Dank auch dem sozial-ökonomischen Betrieb des Ho&Ruck.



Wir haben das Fest heuer auf einen bestimmten Tag gesetzt, den 1. Mai und unter ein bestimmtes Motto: Legalize. Was immer man damit sonst noch assoziieren könnte, wir wollten damit vor allem zwei Dinge anzeigen, dass die besonderen Bedingungen von Flüchtlingen Teil des Allgemeinen sind und dass zu diesem Allgemeinen auch die Unteilbarkeit von Rechten gehörte: etwa die Möglichkeit, sich durch Erwerbsarbeit seine Existenz zu sichern und zu gestalten. Dazu wird Matthias B. Lauer im Anschluss mehr und Genaueres sagen (siehe der folgende Beitrag), auch dazu, wie MigrantInnen und Flüchtlinge über die Jahre in diversen Arbeitskämpfen die Arbeitsrechte erst miterstritten haben, von denen sie heute ausgeschlossen sind.



Ich will und wie es sich für eine Rede auf einem Fest gehört - ganz kurz - nur zwei Dinge sagen: Wir kennen in unserer Arbeit mit Flüchtlingen das Recht von seinen beiden Seiten da ist zum einen das Fremdenrecht, welches sich von Jahr zu Jahr verschärft und dabei immer wieder bewusst riskiert, dass es verfassungswidrig ist. Seine MacherInnen aber kalkulieren dieses Risiko ein, mehr noch sie rechnen mit ihm, denn sie wissen: Selbst wenn einzelne seiner Teile als verfassungswidrig bald nach dem jeweiligen Inkrafttreten aufgehoben werden, das Prinzip bleibt erhalten, die Restriktion kommt durch (vgl. dazu auch: Rolf Gössner. Menschenrechte in Zeiten des Terrors, 2007). Das Recht kann sich nur bedingt selbst kontrollieren. Das ist die eine Seite, die andere ist die: MigrantInnen sind nicht nur durch Sonderrechte in der Möglichkeit über sich und ihr Leben zu verfügen eingeschränkt, sie sind - insbesondere als irreguläre MigrantInnen oder als Flüchtlingen auch von einer Reihe von Rechten ausgeschlossen, die uns als Nicht-MigrantInnen wie selbstverständlich zukommen: vom Recht, sich frei zu bewegen, vom Recht auf Gesundheitsversorgung, vom Recht auf Erwerbsarbeit und vom Recht auf politische Teilhabe.

Hier müssen wir das Recht auf Rechte einklagen, für die und mit denen, die keinen oder nur einen sehr beschränkten Anteil an ihnen haben. Denn, wie Hannah Arendt meint: Die körperliche Existenz allein stiftet keine Rechte (aus: Es gibt nur ein einziges Menschenrecht, in: Die Wandlung, Jg. 4, Heft 8, 1949). Wir wissen – so Arendt weiter – aus nicht allzu vergangener Vergangenheit um das, was geschehen kann, wenn Menschen keinerlei Schutz mehr voreinander finden.

Gleiche werden wir als Mitglieder einer Gruppe erst, kraft unserer Entscheidung, uns gegenseitig gleiche Rechte zuzugestehen. Wege mit den vorhandenen Menschen finden, heißt nicht nur Achtung und Respekt – es heißt auch das Recht auf Rechte für alle zu erstreiten. Ich danke Euch. Michaela Ralser

(K)Ein Tag der Arbeit für MigrantInnen

Dieses Jahrjährte sich zum 120. Malder erste international begangene Aktionstag der Arbeiter Innenbewegung zum 1. Mai. Sieht man sich die Forderungen an, die damals 1890 erhoben wurden, so haben diese nichts von ihrer Aktualität verloren.

Zum Einen ging es 1890 um eine weitreichende Arbeitszeitverkürzung, ein Thema, das selbst heute nur zaghaft angegangen wird. Zum Anderen wurde dafür gekämpft, dass Arbeitsverhältnisse von den Unternehmen nur noch auf vertraglicher und zugunsten der Beschäftigten rechtlich geschützter Grundlage abgeschlossen werden sollten.

Doch vertraglich abgesicherte, rechtlich geschützte Beschäftigungsverhältnisse sind für Flüchtlinge auch 120 Jahre nach dem ersten 1. Mai vielfach unerreichbar.

Flüchtlinge im Asylverfahren – von denen ohne legalen Aufenthaltsstatus einmal ganz zu schweigen – sind in Österreich weitestgehend von tariflichen Arbeitsverhältnissen ausgeschlossen. Sogar eine gesetzliche Regelung, nach der AsylwerberInnen nach zumindest sechs Monaten der Arbeitsmarkt offen stehen müsste, wurde vom damaligen Wirtschaftsminister Bartenstein außer Kraft gesetzt. Und seit dieser Zeit wird der Ausschluss aus dem regulären Arbeitsmarkt aufrechterhalten, unabhängig von der Einfärbung der jeweiligen Regierung. Und auch wenn der ÖGB auf seinem Bundeskongress 2003 die Forderung angenommen hat, für AsylwerberInnen den Arbeitsmarkt zu öffnen, gab und gibt es (abgesehen von einem kürzlichen Vorstoß der GPA-djp) hierzu keine nennenswerten gewerkschaftlichen Aktivitäten.



Auf der anderen Seite bleibt AsylwerberInnen nur noch eine Form der Beschäftigung übrig, die sog. freiwilligen gemeinnützigen Tätigkeiten, die oft in der Stadtreinigung oder im gärtnerischen Bereich angesiedelt sind. Wenn auch viele Flüchtlinge froh sind, überhaupt in solchen Angeboten eine Beschäftigung und eine Tagesstruktur zu haben, so bleiben diese Arbeiten solche außerhalb jeder arbeitsrechtlichen Regelung und mit einer minimalen Bezahlung. Gerade in Tirol hat es bisher keine Bereitschaft gegeben, die Vergütung für gemeinnützige Tätigkeiten von gerade mal 3 Euros pro Stunde zu erhöhen. Mehr noch: immer wieder wurden Flüchtlinge in Tirol unter Androhung des Ausschlusses aus der Grundversorgung dazu gezwungen, diese eigentlich ja freiwilligen Arbeiten zu verrichten. Und wer sich dagegen zur Wehr setzte, konnte sich alsbald obdachlos, mittellos und ohne reguläre medizinische Versorgung wiederfinden...

MigrantInnen haben in der Geschichte solche Ausschlüsse nicht kampflos hingenommen. Die Wenigsten werden wissen, dass

die bedeutendste Streikbewegung in Mitteleuropa nach 1945 eine von MigrantInnen gewesen ist: die "wilden" Streiks von v.a. türkischen aber auch spanischen ArbeiterInnen in Deutschland gegen die dortigen Ausländergesetze 1973 und 1974. Dass die Wenigsten das wissen, ist nicht vorwerfbar – wie der Soziologe Necati Mert, der selbst führender Kopf der damaligen Bewegung war – aufgezeigt hat, ist die Erinnerung an diese Streiks, die mit beispielloser Brutalität niedergeschlagen wurden, bewusst von staatlichen, akademischen und zivilgesellschaftlichen AkteurInnen aus der Erinnerung getilgt worden. Offensichtlich hat man die "Ausländer" lieber als Objekt der eigenen verwaltenden, forschenden oder betreuenden Praxis, als dass man ihnen "zugesteht", selbst Partei gegen ihre Ausbeutung und Unterdrückung zu nehmen... In den letzten Jahren haben wir beobachten können, wie sich eingewanderte ArbeiterInnen in den USA den 1. Mai sozusagen zurückgeholt haben – wie über unmittelbare wirtschaftliche Forderungen hinaus v.a für die Legalisierung des Aufenthalts und die Rechte von MigrantInnen demonstriert wurde und das massenhaft. Auch in Europa haben MigrantInnen in allen sozialen Auseinandersetzungen eine Hauptrolle gespielt, sei es in Frankreich, Spanien oder in Griechenland Ende 2008 und jetzt wieder. "We are workers not criminals", wir sind ArbeiterInnen, keine Kriminelle, hieß es in den USA, "Avec ou sans papiers, tous travailleurs", mit oder ohne (Aufenhalts-) Papiere sind wir alle ArbeiterInnen, in Frankreich. Der Kampf für die Rechte von MigrantInnen und der gegen Massenentlassungen, Sozialabbau und Repression wird zunehmend zu einer Einheit.

Der Ausschluss von MigrantInnen aus regulären Arbeitsverhältnissen, die Verweigerung ansonsten für "Einheimische" selbstverständlicher Rechte ist nicht "nur" ein Skandal. Es ist zugleich ein Angriff auf jede Form der Gleichheit und Solidarität, auf alle Werte, für die der 1. Mai geschichtlich steht und die die Grundlage bilden dafür, der immer stärkeren gesellschaftlichen Zerstörung und Brutalisierung, der Entrechtung und Verelendung entgegentreten zu können.

Matthias B. Lauer





legalize – Festeindrücke

Pünktlich um 19:00 Uhr kommen die ersten Gäste, wahrscheinlich die Hungrigen, die, die es nicht erwarten können das erste Mal in diesem Jahr Gegrilltes zu essen. Hinter dem rauchenden Grill der Blick frei auf das wunderschön an Regalen des Ho&Ruck angerichtete Buffet mit Salaten, Saucen und vieles für die Süßen – herzlichen Dank den Köchinnen und Köchen. Kurze Zeit später sind die Sitzgelegenheiten gefüllt, die Bäuche auch und die Gesichter lachen sich - wie es scheint - einander zufrieden zu. Der Raum, erfüllt von fröhlichem Stimmengewirr, scheint so geeignet für ein Fest wie selten einer – riesig und doch heimelig mit Ecken zum Tanzen, solchen zum Sitzen und einer Bar, wo sich unter roten Lichtschlangen Menschen treffen. Unermüdlich sausen die Kinder herum und um zehn Uhr lauschen sie andächtig den Reden aus der ersten Reihe. Rechte für Flüchtlinge, ja da sind sie dabei und fordern selbst – wie eines der Kinder die Rede kommentierend laut auch "Rechte für Kinder" ein! Und dann, der Auftritt für die Musik. Nicht wenige tanzen unter den vom Himmel hängenden Platten und noch mehr unterhalten sich immer beschwingter. Überhaupt viele neue Gesichter, jüngere aber natürlich auch altbekannte. Die ersten Flüchtlinge eilen nach elf zu den Zügen, die sie in die entfernteren Ecken des Inntals bringen. Jene, die in Unterkünften in den weiter entlegenen Tälern und auf den Bergen sind, fehlen überhaupt. Sonst gehen wenige schon jetzt, der Abend ist zu gelungen und viele bleiben bis zur Morgendämmerung... Kathrin Kofler

Access to Health Care for Undocumented Migrants in Austria*

The exact number of the undocumented migrants who reside in Austria is unknown.

Nevertheless, according to different estimations the approximate number of the undocumented migrants in Austria varies from 17.000 to 100.000 people. Overall, the Austrian policy towards irregular migration has been restrictive and the fundamental rights of undocumented migrants are neglected. In this context, Austrian legislation does not explicitly entitle undocumented migrants with a right to basic health care. Simultaneously, the provisions of the "Bundesgesetz über Krankenanstalten-und Kuranstalten BGBI. (Nr. 1/1957)" states, without any distinction based on nationality, legal status, race, ethnicity or gender, the right of every person residing in Austria whose life is endangered to have access to necessary medical treatment. However, hospitals are able to refuse medical care to undocumented migrants who need nonemergency medical aid. In this case, the undocumented migrants can access medical services at hospitals, but they have to pay themselves for the treatment. As the majority of undocumented migrants are not able to cover such treatments, they rarely and generally only in emergency cases obtain treatment in hospitals. In this situation, non-governmental organizations (NGOs) as well as charity organizations are the most important players in providing medical services for this marginalized social group in Austrian society. These organizations can be divided in two categories: indirect and direct health care providers.

Indirect health care providers are NGOs which have a role of brokers between an undocumented migrant and hospital, general practitioner or the authorities (e.g. Deserteurs- und Flüchtlingsberatung (Vienna) or FLUCHTpunkt (Tyrol)). Generally, the NGO has a network of health professionals who are willing to provide health care services for free or close to free. They are also willing to cover totally or partially medical bills and negotiate with hospitals the reduction of medical costs for an undocumented patient.

Direct health care providers are hospitals and specific projects which offer for free medical treatment for uninsured persons, including undocumented migrants. The ambulant medical care is provided by Diakonie AMBER-MED (Vienna), Louise-Bus (Vienna), Austrian Red Cross, Marienambulanz (Graz), OMEGA Gesundheitsstelle (Graz), AIDSHILFE Centres, etc. The only health care provider in Austria which hospitalizes undocumented patients is a chain of hospitals called Krankenhaus der Barmherzigen Brüder. It provides all types of medical care excluding HIV/AIDS and accident-related treatment.

Alexei Croitoru

^{*} The notice summarizes the main points of master thesis submitted for the evaluation at Management Center Innsbruck.

Libyen als Kerberos der Europäischen Union

Die Zusammenarbeit mit Transitstaaten wie Libyen ist seit Jahren ein entscheidender Faktor der Außenund Migrationspolitik der Europäischen Union. Deshalb soll es hier um die Rolle Libyens als Teil des europäischen Migrationsregims gehen – insbesondere in seiner Bedeutung als "Regulator" und "Abwehrer" der illegalen Migration an den EU-Außengrenzen.

So rief der Europäische Rat im Oktober 2009 "den Vorsitz und die Kommission auf, den Dialog mit Libyen über die Steuerung der Migration und über die Bekämpfung der illegalen Einwanderung, der auch die Zusammenarbeit auf See, die Grenzkontrolle und die Rückübernahme einschließt, zu intensivieren".¹

Diese klare Forderung des Rates im Oktober 2009 zeigt die Ausrichtung der EU-Politik im Bereich der illegalisierten Migration an ihren Außengrenzen. Die Zusammenarbeit mit Transitstaaten wie Libyen ist seit Jahren ein prägender Faktor der Außen- und Migrationspolitik der Europäischen Union.

Libyen ist ein autoritärer Staat. Seit 1969 ist Muammar el Gaddafi² an der Macht. Er lässt keine politische Opposition oder das Wachsen einer Zivilgesellschaft zu. Nach Aussagen des libyschen Außenministers Mussa Kussa leben bis zu 2 Millionen illegale Migrantlnnen in Libyen.³ Die EU geht von bis zu 1,2 Millionen Flüchtlingen aus.⁴ Die menschenrechtliche Situation ist prekär. Es gibt kein staatliches Asylsystem, und die Genfer Menschenrechtskonvention wurde bis heute nicht unterschrieben. Jeder Mensch, der Libyen ohne Erlaubnis betritt, wird nach Aussagen des Leiters der Einwanderungsbehörde Brigadier General Mohamed Bashir Al Sabani eingesperrt:

"Anyone who enters the country without formal documents or permission will be arrested".5

Die Flüchtlingssituation in Libyen

Die letzte offizielle Delegation der EU besuchte Libyen im Jahr 2004.⁶ Der Zutritt nach Libyen ist Flüchtlingsorganisationen und auch Amnesty International nur in Ausnahmefällen und unter Beobachtung gestattet. Berichte von Human Rights Watch⁷ und dem Jesuit Refugee Service⁸ sind auf Interviews von MigrantInnen angewiesen, die durch Libyen gereist sind. Die Befragten erzählen von überfüllten Aufhaltelagern ohne zeitliche Aufenthaltsbegrenzung und von permanenter Gewalt. Es fehlt an medizinischer Versorgung und Essen, und die Insassen werden meist nicht nach Geschlecht und Alter getrennt. Die einzige Möglichkeit ohne Geld aus den Lagern freizukommen ist der Weg in die Sklaverei oder die Rückschiebung über die Grenzen des Landes.

Flüchtlinge in Libyen leben in der ständigen Gefahr entdeckt und eingesperrt zu werden. Sie sind kaum in der Lage zu unterscheiden, ob sie Opfer von Polizei, Militär oder Menschenhändlern sind. Die Polizei fordert Lösegeld für die Freisetzung der betroffenen Flüchtlinge, gleichgültig ob sie in Straßen- oder Grenzpatrouillen Flüchtlingen begegnet oder für die Bewachung von Aufhalteeinrichtungen zuständig ist. Da es keine staatliche Autorität gibt, die illegale Migrantlnnen schützt, sind diese der Willkür von kriminellen Kräften ausgesetzt. Bei jeder Gegenwehr wird die Polizei informiert, die die Migrantlnnen in Arrest nimmt.

¹ Schlussfolgerungen des Vorsitzes Europäischen Rat (Brüssel) vom 29./30. Oktober 2009, S.11

² Muammar el Gaddafi, http://www.algathafi.org/html-english/index.htm, 14.08.2010

³ Vgl. Agius, Roderick, Libyen als EU-Außenposten, Neues Deutschland, http://www.neues-deutschland.de/artikel/174847. libyen-als-eu-aussenposten.html, 15.08.2010

⁴ Vgl. European Commission Technical Mission to Libya on illegal Migration, 27. Nov- 6. Dec. 2004, S.4

⁵ Vgl. Pushed Back, Pushed Around, Italy's forced Return of Boat Migrants and Asylum Seekers, Libyas Mistreatment of Migrants and Asylum Seekers, Human Rights Watch, September 2009, S.10

⁶ Vgl. European Commission Technical Mission to Libya on illegal Migration 27 Nov- 6 Dec 2004, S.30

⁷ Vgl. Pushed Back, Pushed Around, Human Rights Watch, September 2009,

⁸ Vgl. Do they know?, Asylum Seekers Testify to Life in Libya, Jesuit Refugee Service Malta, Dezember 2009, S. 6-11

⁹ Vgl. Pushed Back, Pushed Around, Human Rights Watch, September 2009, S.14

¹⁰ Vgl. Do they know?, Jesuit Refugee Service Malta, Dezember 2009, S.12-17

Das UN Flüchtlingshochkomissariat (UNHCR) betreibt seit 1991 ein Büro in Tripolis und bietet die einzige Möglichkeit für Flüchtlinge einen Asylstatus zu erlangen. Dieser bietet jedoch nicht zwangsläufig einen Schutz vor Ausweisung. ¹¹ Die kurzzeitige Ausweisung aller UNHCR MitarbeiterInnen im Juni 2010, aufgrund von angeblichen "illegalen Aktivitäten", ¹² zeigt aber den geringen Handlungsspielraum der Organisation.

Italienisch - Libysche Beziehungen

Libyen wird seit Jahren wegen menschenrechtlicher Verfehlungen scharf kritisiert. Dies hindert weder die EU noch Italien ihre Beziehungen zu Libyen auszubauen. Die italienische Regierung schloss 2003 ein Geheimabkommen mit Libyen, das eine gemeinsame Migrationspolitik zum Inhalt hatte. ¹³ Ein weiteres Abkommen wurde 2007 ¹⁴ abgeschlossen. Die Verträge beinhalten die Lieferung von Grenzschutzequipment und verpflichten zu gemeinsamen Grenzpatrouillen. Am 15. Mai 2009 trat ein Rücknahmeübereinkommen zwischen Italien und Libyen in Kraft, das eine formlose Rückschiebung von Flüchtlingen nach Libyen ohne Anhörung ihrer Asylgründe ermöglicht. ¹⁵ Die Rückschiebung von Flüchtlingen nach Libyen, nachdem sie italienisches Hoheitsgebiet erreicht haben, ist eine Verletzung des Völkerrechts – aber gleichzeitig eine hocheffiziente Methode, die EU und ihre südlichen Frontstaaten abzuschotten. Seither haben sich die Flüchtlingsankünfte in Italien und Malta so weit minimiert, dass ein Auffanglager in Lampedusa geschlossen wurden. Im Jahr 2008 kamen 36.961 Personen an italienischen Küsten an, ¹⁶ in den letzen zwölf Monaten waren es etwa 3.500. ¹⁷ Wie undurchlässig die europäische Südgrenze geworden ist, zeigt sich auf Malta. Dort kam im Juni erstmals nach fast einem Jahr wieder ein Flüchtlingsboot an. ¹⁸

Die Flüchtlinge werden nicht weniger, aber die Migrationsrouten verschieben sich. Die Türkei und Griechenland sind das neue Tor nach Europa. Im Jahr 2009 gab es in der Türkei 70.000 Aufgriffe von illegalen EinwandererInnen und in Griechenland 150.000 Aufgriffe.¹⁹

Die EU und Libyen

Die Europäische Union verhandelt seit Oktober 2008 über ein Rahmenübereinkommen mit Libyen²⁰ das bis heute nicht abgeschlossen ist. Ein Großteil der Inhalte des Abkommens ist geheim. Trotz parlamentarischer Anfragen werden keine Details veröffentlicht.²¹

Die Haltung der Europäischen Union ist in Bezug auf die völkerrechtswidrigen Abschiebungen Italiens nach Libyen unsicher und gespalten.

¹¹ Vgl. Do they know?, Jesuit Refugee Service Malta, Dezember 2009, S.18

¹² Vgl. Libyen wirft UN-Flüchtlingshilfswerk hinaus, die Presse vom 09.06.2010 http://diepresse.com/home/politik/aussenpolitik/572256/index.do, 14.08.2010

¹³ Vgl. Dietrich Helmut, Das Mittelmeer als neuer Raum der Abschreckung, in: Zeitschrift für Flüchtlingspolitik in Niedersachsen Heft 110, , September 2005, S.82

¹⁴ Vgl. Italien und Libyen schließen Abkommen gegen illegale Einwanderung, Flüchtlingsrat Niedersachsen vom 09.01.2008, http://www.nds-fluerat.org/aktuelles/italien-und-libyen-schliessen-abkommen-gegen-illegale-einwanderung/, 14.08.2010

¹⁵ Vgl. Del Grande Gabrielle, Liste der dokumentierten Zurückweisungen, Fortress Europe 2009, http://fortresseurope.blogspot.com/2006/01/liste-der-dokumentierten.html, 14.08.2010

¹⁶ Vgl. Minsterio Dell Interno di Italia, Dossier Statistico 2009, Rapporto sull immigrazione, http://www.interno.it/mininterno/export/sites/default/it/assets/files/17/0854 scheda sintesi rapporto Migrantes.pdf, 14.08.2010.

¹⁷ Vgl. Troendle, Stefan, Mehr Schiffe trotz rigoroser Abschiebepolitik, tagesschau.de vom 09.08.2010, http://www.tagesschau.de/ausland/bootsfluechtlingeitalien100.html, 15.08.2010

¹⁸ Vgl Malta: Wieder Bootsflüchtlinge, Radio Vaticana vom 20.07.2010, http://www.oecumene.radiovaticana.org/ted/Articolo.asp?c=409503, 15.08.2010

¹⁹ Agius, Roderick, Libyen als EU-Außenposten, Neues Deutschland vom 14.08.2010

²⁰ Vgl. Libyen: Kommission schlägt Verhandlungsmandat für ein Rahmenabkommen vor, Rapid Press Releases, Brüssel, den 27. Februar 2008, http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/308&format=HTML&aged=1&language=D https://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/308&format=HTML&aged=1&language=D https://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/308&format=HTML&aged=1&language=D https://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/308&format=HTML&aged=1&language=D https://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/308&format=HTML&aged=1&language=D https://eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/308&format=HTML&aged=1&language=D https://eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/308&format=HTML&aged=1&language=D https://eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/308&format=HTML&aged=1&language=D https://eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/308&format=HTML&aged=1&language=D https://eu/rapid/pressReleasesAction.do https://eu/rapid/pressReleasesAction.do https://eu/rapid/pressReleasesAction.do https://eu/rapid/pressRelea

²¹ Vgl. Schriftliche Anfrage von Rita Borsellino (S-D) an die Kommission, Betrifft: Abkommen EU-Libyen über Fragen betreffend die Einwanderung, 02.10.2009, http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+WQ+P-2009-4628+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE, 14.08.2010

Anfang September 2009 verlangte Innenkommissar Jacques Barrot eine Erklärung von Italien über die Abschiebungen nach Libyen. Die Antwort des italienischen Regierungschefs Silvio Berlusconi war, dass Kommissare, die sich in die italienische Innenpolitik einmischen, gekündigt werden sollten. Weiter drohte er jede Einigung des Europäischen Rates zu blockieren, wenn etwas Ähnliches wieder vorkommen sollte.²² Nach der öffentlichen Hinrichtung von 18 Personen in Libyen im Juni dieses Jahres verabschiedete die Europäische Kommission eine Resolution, die alle Mitgliedsstaaten auffordert, die Deportationen nach Libyen sofort einzustellen.²³

Vor kurzem jedoch verteidigte der neue Generaldirektor für Migration, Stefano Manservisi, das Vorgehen Italiens, da Libyen die Addis Abeba Konvention unterschrieben hat, für die ähnliche Schutzprinzipien wie für die Genfer Flüchtlingskonvention bindend seien.²⁴

Das Beispiel Libyen zeigt die innere Zerrissenheit der EU in ihrer Migrationspolitik. Menschen auf der Flucht werden vor den Grenzen Europas abgefangen und in ein Land zurückgebracht, in denen sie schweren Menschenrechtsverletzungen ausgesetzt sind. Italien ist wie die anderen europäische Frontstaaten Malta, Griechenland und Spanien mit seiner Migrationspolitik auf sich allein gestellt und komplett überfordert. Die technische und militärische Abschottung Europas scheint die einzige sichtbare Perspektive. Eine gerechte Lastenteilung aller ankommenden Flüchtlinge wäre der erste Schlüssel für eine menschlichere Einwanderungspolitik an den Außengrenzen Europas. Dies scheiterte bis jetzt jedoch an dem Widerstand von Mitgliedsstaaten, wie etwa Österreich.²⁵

Solange es keine gemeinsame europäische Lösung gibt übernimmt Libyen jedoch weiter die Rolle des Kerberos, des grausamen Torwächter zu einer anderen Welt. Stefan Freytag

Strafe für Rechtsberatung existenzbedrohend für NGOs

NGOs arbeiten in Österreich unter dem Risiko rechtlicher Sanktionen, insbesondere wenn sie sich für KlientInnen einsetzen, die kein Aufenthaltsrecht (mehr) haben. Sowohl die Strafbarkeit selbst als auch das Strafausmaß ist für MitarbeiterInnen existenzbedrohend, kritisiert die Asylkoordination Österreich. Geldstrafen von € 1000- bis € 5000,- sind vorgesehen, wenn durch Beratung oder Anträge ein aufenthaltsbeendendes Verfahren oder die Abschiebung eines Fremden verhindert wird. Im Wiederholungsfall drohen sogar bis zu 15.000,-Euro Strafe oder bis zu 6 Wochen Haft. NGOs und Anwälte wurden in den letzten Jahren zum Feinbild aufgebauscht, ihre Arbeit nicht mehr als Einsatz für Menschenrechte gewürdigt, sondern einer sogenannten NGO-Industrie handeln aus Profitinteressen unterstellt. Das Innenministerium versucht Beratung im Interesse der AsylwerberInnen auch durch seine Förderungspolitik zu erschweren. Unabhängige NGOs wurden die Förderungen in den letzten Jahren systematisch gestrichen, ebenso der Zugang zu AsylwerberInnen in Schubhaft. Ein Mitarbeiter des MigrantInnenvereins St.Marx muß sich gegenüber der Wiener Polizei rechtfertigen, weil er den von der Polizei nicht entgegengenommenen Asylantrag eines Schubhäftlings urgiert hatte. Der Schubhäftling wurde trotzdem nach Nigeria abgeschoben, im Strafverfahren gibt es noch keine Entscheidung.

Anny Knapp/asylkoordination österreich

²² Vgl. Böhm, Andrea, Willkommen in Europa, Zeit Online vom 29.09.2009, http://www.zeit.de/2009/40/Fluechtlinge, 15.08..2010

²³ Entschließung des Europäischen Parlaments vom 17. Juni 2010 zu den Hinrichtungen in Libyen, http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2010-0246+0+DOC+XML+V0//DE, 15.08.2010

²⁴ Vgl. Camilleri, Ivan, Brussels defends Italy-Libya agreement, times of malta vom 27. Juli 2010, https://www.timesofmalta.com/articles/view/20100727/local/brussels-defends-italy-libya-agreement, 15.08.2010

²⁵ Vgl. Der Komissar wird "wirklich sauer", der Standard at vom 02.09.2010, http://derstandard.at/1250691855461/Zuzug-Der-Kommissar-wird-wirklich-sauer, 15.08.2010

Gegenöffentlichkeiten zum Sicherheitsparadigma: Die AG Innere Un/Sicherheit

In den letzten Jahrzehnten hat sich im Zuge eines grundlegenden Wandels sozio-ökonomischer Rahmenbedingungen und der damit einher gehenden Umgestaltung des Sozialstaates ein neues Sicherheitsparadigma herauskristallisiert, das von einer weit reichenden Umdeutung des Sicherheitsbegriffes gekennzeichnet ist. Wenn heute von "Sicherheit" gesprochen wird, werden in der Regel nicht etwa Fragen sozialer Sicherheit thematisiert, auch nicht die Sicherheit vor einem "ungebändigten Staat", der durch rechtsstaatliche Garantien einzuschränken wäre. Vielmehr dominiert die ganz persönliche, individuelle Sicherheit vor – allgegenwärtigen – "Gefahren" oder "Risiken". Der Staat wird angerufen zum Schutz vor Kriminalität, unerwünschten Personengruppen im öffentlichen Raum oder als auffällig etikettierten Verhaltensweisen, wohingegen die Problematik des Schutzes vor dem Staat und seinem Inneren Sicherheitsapparat in den Hintergrund tritt.

Permanente Unsicherheit und Angst, insbesondere die Angst vor Kriminalität – vor dem allgegenwärtigen Verbrechen und der Gefährdung von Eigentum, Freiheit und Leben – spielen in diesem Zusammenhang eine Schlüsselrolle. Bedrohungsszenarien und auf sogenannte Randgruppen ausgerichtete moralische Paniken, wie sie auch in Innsbruck wohlbekannt sind, produzieren das Bild einer "gefährlichen Stadt". Sicherheitsrelevant werden bereits als auffällig etikettierte Phänomene insbesondere städtischen Lebens sowie kleinere und größere Freiheiten. Sicherheitsparadigma und Sicherheitspolitik sind daher eng mit neuen Festlegungen von Inklusion und Exklusion verbunden.

Mittlerweile sind "Ängste" vor Kriminalität und Devianz so weitgehend institutionalisiert, dass sie sich in Form von stabilen kulturellen Mustern niedergeschlagen haben: Angst vor "Kriminellen", "Außenseitern", "Fremden" zu haben und zu kommunizieren ist angesagt und findet bei Medien und Politik Aufmerksamkeit.

Die Auswirkungen dieser Entwicklung hin zu einer "Sicherheitsgesellschaft" betreffen letztlich alle Bereiche gesellschaftlichen Lebens. Sie untergraben die Grundlagen politisch erkämpfter Demokratisierungsprozesse, stellen Menschen- und BürgerInnenrechte in Frage und bedrohen Meinungs-, Rede- und Versammlungsfreiheit ebenso wie die Freiheit der Kunst.



In Österreich steht eine kritisch geführte, breite öffentliche Debatte noch weitgehend aus. Im Unterschied dazu gibt es z.B. in Deutschland eine seit Jahrzehnten geführte öffentliche Auseinandersetzung, an der WissenschafterInnen, JournalistInnen und KünstlerInnen ebenso beteiligt sind wie eine Vielzahl politischer Organisationen und Gruppierungen, für die – wie z.B. für die bundesweite Vernetzung "Freiheit statt Angst" – die Kommunikation via Internet für politische Aufklärung und Mobilisierung zentral ist.

Mit dem Projekt soll für die Thematik eine lokale Gegen-Öffentlichkeit geschaffen werden. Es beruht grundlegend auf einer Perspektive, welche die unterschiedlichsten Phänomene einer sich abzeichnenden "Sicherheitsgesellschaft" in ihren Zusammenhängen (!) im Rahmen einer interdisziplinären Zugangsweise sichtbar macht.

Die Initiierung des interdisziplinär angelegten Kommunikationsprozesses wird von der Arbeitsgruppe "AG Innere Un/Sicherheit" getragen. Kooperationspartnerinnen der AG sind das ArchFem – Interdisziplinäres Archiv für feministische Dokumentation, FLUCHTpunkt. Hilfe – Beratung – Intervention für Flüchtlinge, die Michael-Gaismair-Gesellschaft und das Freie Radio Innsbruck FREIRAD 105.9. Näheres zu den Vernstaltungen der AG die bislang unter den Titeln Auftakt zur Inneren Un/Sicherheit, Politik der Inneren Un/Sicherheit, Film zur Inneren Un/Sicherheit und Rauhzeichen der Inneren Un/Sicherheit stattfanden gibt's auf den Homepages der Wäscherei P(www.waescherei-p.at), des ArchFems (www.archfem.at) und der TKI (www.tki.at).

Markus Schennach, AG Innere Un/Sicherheit

Solidaritätsfest 1. Mai 2010

